



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller** und **Fraktion (AfD)**

Damit Demokratie leben kann – Sofortiger Förderstopp des Bundesprogramms „Demokratie leben!“

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene gegen die Fortsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ einzusetzen.

Begründung:

Das umstrittene und vielfach kritisierte Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wurde im Jahr 2015 initiiert und hat seitdem über eine halbe Milliarde Euro an Kosten verursacht. Zu Beginn des Jahres 2025 wurde das Programm in seine dritte Förderphase überführt, samt neuer Förderrichtlinie. Für die dritte Förderphase sollen jährlich mindestens 182 Mio. Euro pro Jahr über die Dauer von acht Jahren in das Programm fließen. Das Gesamtbudget beläuft sich somit auf fast 1,5 Mrd. Euro über die gesamte Förderperiode.

Damit zementiert die auseinandergebrochene Ampel-Koalition über zwei komplette Legislaturen hinweg ein einseitiges, intransparentes, bürokratisch expansives und diffuses Ausgabenprogramm, welches hauptsächlich politisch linksstehende Organisationen fördert.

„Demokratie leben!“ wird seinem Ziel der Radikalisierung entgegenzutreten zudem nicht gerecht. Der Fokus des Programms ist dafür zu einseitig, wie Enthüllungen im Magazin Focus im Jahr 2024 gezeigt haben. Die Ausgaben für den Kampf gegen Rechtsextremismus waren dabei bis zu 17-mal höher als die für den Kampf gegen Linksextremismus. Und das, obwohl der Linksextremismus ein ebenso drängendes Problem ist. Dies hängt sicherlich auch damit zusammen, dass das Auswahlverfahren zur Förderung der Stiftungen, Vereine und Projekte vollkommen intransparent ist und auf willkürlichen Entscheidungen des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMSFSJ) beruht.

Die Enthüllungen zeigten ebenso, dass es faktisch keine Kontrolle und Evaluation der geförderten Stiftungen und Vereine gibt. Das BMSFSJ hat keinen Überblick darüber, was mit den Fördermitteln zum Schluss geschieht. So können Antragsteller in ihren Anträgen zwar Projekte vorschlagen, müssen diese aber nicht realisieren, um an Fördermittel zu gelangen.

Das Programm ist aufgrund seiner zahlreichen Defizite und Verfehlungen nicht länger haltbar. Hinzu kommt, dass in der momentanen wirtschaftlichen Lage Milliardenausgaben nicht länger leichtfertig getätigt werden können. Der Freistaat ist dabei besonders betroffen, denn die bayerischen Steuerzahler tragen erheblich zur Finanzierung des Bundeshaushaltes und somit auch des Programms „Demokratie leben!“ bei – und bekommen dafür im Gegenzug nichts von Wert zurück.